

EINSTELLUNGEN ZUR INTEGRATION IN DER BEVÖLKERUNG

KURZBERICHT ZUM PROJEKT ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT

Andreas Zick und Madlen Preuß



ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT

ZuGleich ist ein Projekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, das von der Stiftung Mercator gefördert wird.

Die Studie untersucht die Einstellungen, Meinungen, Gefühle und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber einer Reihe von Gruppen in Deutschland und zielt im Besonderen auf die empirische Erfassung von ein- und ausschließenden Identitäten und auf die Bemessung von Gleichwertigkeit zwischen Gruppen in einer heterogenen Gesellschaft.

Durchgeführt wurden zwei nach repräsentativen Kriterien ermittelte Bevölkerungsumfragen jeweils zum Jahreswechsel 2013/2014 (*ZuGleich* 13/14) und 2015/2016 (*ZuGleich* 15/16) (siehe Box, unten). Mithilfe dieses Vergleichs lassen sich die Entwicklungen von integrativen und separierenden Meinungen vor dem Hintergrund der unter anderem scharf und kontrovers geführten Debatte um die sogenannte „Flüchtlingskrise“ beobachten.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Themen:

- Wie verbreitet ist die Willkommenskultur gegenüber Zuwanderer*innen in Deutschland? Unterscheiden sich Befragte mit und ohne Migrationshintergrund?
- Wie stark fällt die Forderung nach Vorrechten und Übervorteilung aus? Und hält sich der in 2013/2014 festgestellte Zuspruch, alte Ordnungen zu verteidigen oder gar zurückzuerobern?
- Was ist wichtig, um ‚Mitglied‘ der deutschen Gesellschaft zu sein? Welche Kriterien sind für eine deutsche Zugehörigkeit relevant?
- Welche Vorstellungen zum Zusammenleben teilen Befragte mit und ohne Migrationsbiografie? Wie sehr wird das Konzept von Integration noch gewünscht und wer soll sich auf wen zubewegen?
- Welche Einstellungen äußern die Befragten zur anhaltenden Fluchtbewegung und was erklärt ihre Ablehnung oder Befürwortung dieses zentralen Themas der letzten zwei Jahre?

Datengrundlage

ZuGleich 13/14:

- Telefonische Befragung von 2.006 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren von November 2013 bis Januar 2014 (Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 1.069 Frauen (53,3 %), 937 Männer (46,7 %)
- Alter der Befragten: 18 – 94 Jahre; Altersdurchschnitt: 49 Jahre
- 391 Befragte mit Migrationshintergrund

ZuGleich 15/16:

- Telefonische Befragung von 1.300 repräsentativ ausgewählten Personen, zusätzliche Onomastik-Stichprobe von 205 Personen mit Migrationshintergrund, ab 16 Jahren von Dezember 2015 bis Januar 2016 (Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 798 Frauen (53,2 %), 704 Männer (46,9 %)
- Alter der Befragten: 16 – 93 Jahre; Altersdurchschnitt: 52 Jahre
- 507 Befragte mit Migrationshintergrund

Für alle Einstellungsmessungen gilt: 5-stufige Antwortskala
(1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (5) „stimme voll und ganz zu“

WAS IST GEBLIEBEN VON DER WILLKOMMENSKULTUR?

Mit der erstarkten Aufnahme von Geflüchteten bildete sich mit der Willkommenskultur nicht nur ein einendes Schlüsselkonzept der Zivilgesellschaft heraus, sondern wurde zugleich zu einer Hauptangriffsfläche für rechtspopulistische und -extremistische Gruppierungen. ‚Refugees Welcome‘ wurde zu einem Slogan, der den einen Bevölkerungsanteil in ihrer Hilfsbereitschaft und Solidarität zusammenschweißte, und den anderen mit ‚Refugees not welcome‘ Blockaden an den Unterkünften skandieren ließ. An dem Konzept wurde in den letzten beiden Jahren gerissen und sich gestoßen.

Das in *ZuGleich* entwickelte Messinstrument erfasst sowohl die Wertschätzung einer diversen Gesellschaft als auch die Öffnung des Heimatkonzepts für ethnische Minderheiten. Das heißt, wir fragten danach, wie positiv es bewertet wird, dass Migrant*innen in Deutschland heimisch werden oder sich für Deutschland als neue Heimat entscheiden.

Auch in 2015/2016 haben wir die Zustimmung erfasst und der Befund ist eindeutig: Der Zuspruch zur Willkommenskultur ist zum Teil stark gesunken (Tabelle 1 zeigt die Zustimmungen zu allen Fragen, welche die Zustimmung bzw. Ablehnung von Willkommenskultur erfasst).

Willkommenskultur verliert unter Deutschen ohne Migrationshintergrund an Zuspruch.

Die durchschnittliche Zustimmung zur Willkommenskultur und dem damit verbunden offenen Heimatkonzept ist unter den Befragten ohne Migrationsgeschichte von 39,5 Prozent in 2013/2014 auf 32,3 Prozent gesunken.

Noch zum Jahreswechsel 2013/2014 freute sich fast die Hälfte aller Befragten ohne Migrationshintergrund (MH) (47,2 %) über die *zunehmende Vielfalt* in der deutschen Gesellschaft. Diese positive Anerkennung von Diversität äußern in 2015/2016 noch 42,6 Prozent. Auch die Befürwortung einer *stärkeren Willkommenskultur* für Migrant*innen nimmt ab: Mehr als jede*r Dritte unter den Deutschen ohne MH (36,0 %) sprach sich in 2013/2014 für ein verstärktes Willkommenheißen aus, zwei Jahre später reduziert sich der Rückhalt um rund 9 Prozentpunkte; nur 28,2 Prozent der Befragten bejahen in 2015/2016 noch eine stärkere Willkommenskultur.

Die *Befürwortung eines Heimatkonzepts*, das sich auch für ethnisch-kulturelle Minderheiten öffnet, bricht um 10 Prozentpunkte ein. Schon zum Jahreswechsel 2013/2014 zeigte sich, dass Deutschland als Heimat eher denjenigen zugestanden wird, die ‚bereits hier sind‘ (54,7 %), während gegenüber denjenigen, die ‚noch kommen‘ werden, reservierte Haltungen bestanden (35,9 %). In 2015/2016 sind es hingegen nur noch 43,3 Prozent in der deutschen Bevölkerung ohne MH, die es begrüßen, wenn ‚sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen‘. Auch die Entscheidung vieler Migrant*innen, Deutschland als neue Heimat zu wählen, findet weniger Zustimmung und reduziert sich auf 27,5 Prozent. Unter Berücksichtigung der Mittelkategorie, auf der sich im Durchschnitt etwa ein Drittel der Befragten verorten, nimmt damit auch die klare Ablehnung der Willkommenskultur zu.

Tabelle 1

Willkommenskultur unter Deutschen ohne Migrationshintergrund

(Angaben in Prozent)

Indikatoren	2013/2014			2015/2016		
	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	31,0	33,0	36,0	36,7	35,1	28,2
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	28,0	36,1	35,9	37,5	35,0	27,5
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	18,9	26,4	54,7	22,6	34,1	43,3
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	24,8	28,0	47,2	29,0	28,4	42,6
Gesamtskala	25,8	34,7	39,5	32,7	35,0	32,3
Skalen-Durchschnittswert		3,26			3,06	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Die Fallzahlen für beide Erhebungen reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2013/2014 beantworteten 807 Personen die Fragen zur Willkommenskultur, in 2015/2016 liegt die Fallzahl bei 486 Personen, die als Deutsche ohne Migrationshintergrund identifiziert wurden.

In 2015/2016 wurden erstmals auch Deutsche mit Migrationsbiografie und Migrant*innen gefragt, wie sehr sie eine starke Willkommenskultur und ein offenes Heimatkonzept befürworten. Tabelle 2 zeigt die Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen, die die Willkommenskultur erfassen.

Auch Befragte mit Migrationsgeschichte sind gegenüber einer Willkommenskultur zurückhaltender als erwartet eingestellt.

Es zeigt sich, dass fast jede*r zweite Befragte mit MH – genau 47,8 Prozent – eine Willkommenskultur samt offenem Heimatkonzept befürwortet. Dabei

unterscheiden sie sich im Vergleich mit der Mehrheitsbevölkerung ohne MH überzufällig in ihrem positiven Zuspruch. Das heißt, Menschen mit Migrationsgeschichte wünschen sich deutlich häufiger eine Willkommenskultur für Migrant*innen in Deutschland.

Über eine *stärkere Willkommenskultur* in Deutschland würden sich 41,5 Prozent freuen, während sich allerdings auch mehr als jede*r Vierte (28,3 %) dagegen ausspricht. Eine deutliche Mehrheit zeigt sich ebenso erfreut, wenn Migrant*innen in Deutschland ‚ankommen‘ und sich zunehmend zu Hause fühlen, hingegen jede*r Fünfte mit einer Migrationsbio-

grafie (20,8 %) dies ablehnt. Bemerkenswert ist die ähnlich hohe Zustimmung zu Deutschen ohne MH, wenn es um die Wahl Deutschlands als neue Heimat geht, die zukünftige Migrant*innen treffen könnten: Deutsche mit Einwanderungsgeschichte/Migrant*innen befürworten eine solche Entscheidung nur mit 40,4 Prozent (Befragte ohne MH: 35,0 %), ein Viertel lehnt sie sogar ganz ab (25,8 %). Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationsbiografie fällt die positive Überzeugung von einer *vielfältigen deutschen Gesellschaft* unter den Befragten mit Migrationsgeschichte wiederum etwas stärker aus (ohne MH: 42,6 %; mit MH: 46,3 %).

Tabelle 2

Willkommenskultur unter Deutschen mit Migrationshintergrund/Migrant*innen in 2015/2016 (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2015/2016			Fallzahl
	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu	
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	28,3	30,2	41,5	259
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	25,8	33,8	40,4	259
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	20,8	21,7	57,5	265
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	22,6	31,1	46,3	262
Gesamtskala	25,3	26,9	47,8	
Skalen-Durchschnittswert		3,33		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten.

Soziodemografische Unterschiede bei der Befürwortung oder Ablehnung der Willkommenskultur

Sowohl das Geschlecht als auch das Alter der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund spielen für die positive Überzeugung von der Willkommenskultur keine Rolle. Das war in 2013/2014 noch der Fall. In beiden Gruppen weisen Befragte mit hohem Bildungsgrad im Vergleich zu niedriger Gebildeten signifikant häufiger eine positive Haltung zur Willkommenskultur und einem offenen Heimatkonzept auf, während zwischen den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad keine signifikanten Unterschiede vorliegen.

VORRECHTE FÜR ALTEINGESESSENE?

Migrationsprozesse sind immer mit Konflikten beziehungsweise Auseinandersetzungen verbunden und erzeugen bei Teilen der Bevölkerung mehr oder minder starken Widerstand. Dabei gerät nicht nur die Überzeugung, gewisse Vorrechte auf ein geglaubtes Monopol an verschiedensten Ressourcen gegenüber ‚den Neuen‘ zu besitzen, in den Fokus. Auch verschärft sich die Wahrnehmung, diese würden durch Migration infrage gestellt werden. Der Konflikt zwischen den Etablierten und Außenstehenden, wie der Soziologe Norbert Elias ihn beschrieben hat, ebnet dabei den Weg für massive Diskriminierung, indem den ‚Neuen‘ Rechte vorenthalten oder gar ganz abgesprochen werden.

Die häufig postulierte ‚Spaltung der deutschen Gesellschaft‘ zeigte sich hier in aller Deutlichkeit. Dabei werden zentrale Integrationsfragen diskutiert: Wer sollte, kann und darf an kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gütern teilhaben? Wem steht unter welchen Umständen etwas zu? Gilt das gleiche Recht für alle?

In *ZuGleich* 13/14 wurde das neu entwickelte Messinstrument zum Konzept der Etabliertenvorrechte erstmals vorgestellt. Mithilfe von fünf Fragen wird hierbei eine allgemeine Grundhaltung, wie mit ‚Neuen‘ im vertrauten Umfeld umzugehen ist, gemessen.

Die einzelnen Fragen dazu und die Zustimmungswerte unter allen Befragten sind in Tabelle 3 abgedruckt. Eine getrennte Betrachtung der Befragten ohne und mit Migrationshintergrund leisten die Tabellen 4 und 5.

Die Einforderung von Vorrechten in der Gesamtbevölkerung hat sich verdreifacht.

Ein Vergleich beider Erhebungszeiten dokumentiert deutlich, dass die Forderungen nach Vorrechten in der deutschen Bevölkerung lauter geworden sind. Die durchschnittliche Zustimmung zu Etabliertenvorrechten verdreifacht sich von 5,3 Prozent in 2013/2014 auf 16,4 Prozent in 2015/2016.

Tabelle 3
Etabliertenvorrechte in der Gesamtbevölkerung
(Angaben in Prozent)

Indikatoren: Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	2013/2014			2015/2016		
	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	36,0	31,6	32,4	26,6	29,3	44,1
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,0	23,7	61,3	19,1	27,7	53,2
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,2	9,2	85,6	10,2	15,1	74,7
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	48,5	31,7	19,8	33,2	34,3	32,5
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,8	25,4	16,8	48,8	25,1	26,1
Gesamtskala	63,9	30,8	5,3	49,7	33,9	16,4
Skalen-Durchschnittswert		2,29			2,65	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von 2.006 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 1.505 Personen die Fragen zu den Etabliertenvorrechten.

Die Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen spiegeln diesen klaren Trend wider. Während das Prinzip des *gleichen Rechts für alle* deutlich an Zuspruch verliert, wird verstärkt auf die Einhaltung der sozialen Rangordnung zwischen sogenannten Alteingesessenen und Neuhinzukommenden gepocht.

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Anspruch auf Etabliertenvorrechte nicht mehr.

Unter den Deutschen ohne Migrationshintergrund (MH) meinen bereits 40,9 Prozent in 2015/2016, den ‚Neuen‘ sollte *weniger zustehen*, 2013/ 2014 stimmten noch 32,5 Prozent zu. Die

rechtliche Benachteiligung der ‚Neuen‘ wird von den Befragten ohne MH ebenfalls verstärkt gefordert: War es zum Jahreswechsel 2013/2014 noch jede*r Sechste, der*die meinte, die Hinzukommenden hätten sich hinten anzustellen (16,8 %), ist es 2015/2016 bereits ein Viertel der Deutschen ohne Migrationshintergrund (24,4 %), die dies verlangen. Um mehr als 10 Prozentpunkte nimmt auch die *Ablehnung von Forderungen oder Ansprüchen* zu, die seitens der ‚Neuen‘ geäußert werden könnten (2013/2014: 19,5 %; 2015/2016: 32,1 %). Schließlich sinkt im gleichen Zuge die *Befürwortung der gleichen Rechte* für alle von 84,6 Prozent in 2013/2014 auf 72,6 Prozent.

Tabelle 4
Etabliertenvorrechte unter Deutschen ohne Migrationshintergrund
(Angaben in Prozent)

Indikatoren: Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	2013/2014			2015/2016		
	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu	trifft nicht zu	teils, teils	trifft zu
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	34,4	33,1	32,5	27,0	32,1	40,9
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,8	25,0	59,2	19,0	28,1	52,9
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,8	9,6	84,6	10,5	16,9	72,6
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	49,3	31,2	19,5	34,5	33,4	32,1
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,6	25,6	16,8	49,6	26,0	24,4
Gesamtskala	63,8	30,8	5,4	51,1	32,1	16,8
Skalen-Durchschnittswert		2,31			2,63	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von 1.615 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 998 Personen die Fragen zu den Etabliertenvorrechten.

Auch in der migrantischen Bevölkerung verschärft sich der Ton, wenn es darum geht, eigene Vorrechte zu sichern. In diesem Anspruch unterscheiden sie sich allerdings nicht mehr signifikant zu Personen ohne Migrationshintergrund. Tabelle 5 zeigt die Zustimmungen zu den Aussagen, die die Skala zu den Etabliertenvorrechten bilden.

Waren in 2013/2014 noch 31,8 Prozent der Deutschen mit Migrationshintergrund/Migrant*innen der Meinung, die eigene Bedürfnisbefriedigung

hätte Vorrang, ist es zum Jahreswechsel 2015/2016 bereits jede*r Zweite (51,5 %), der*die fordert, man solle erstmal sich mit *weniger zufrieden geben*. Um mehr als 10 Prozentpunkte steigt auch die Ablehnung der (*rechtlichen*) *Gleichstellung* von sogenannten Alteingesessenen und Neuen: Ein Drittel (33,7 %) wehrt 2015/ 2016 mögliche Forderungen und Ansprüche kategorisch ab, in 2013/2014 war es noch jede*r Fünfte (21,2 %) unter den Befragten mit Migrationsgeschichte. Auch die *Befürwortung gleicher Rechte* und der

Teilhabe an Ressourcen nimmt ab. Waren es zum Jahreswechsel 2013/2014 noch deutlich mehr als ein Drittel (70,2 % und 89,7 %), die dies forderten, reduziert sich die Zustimmung in 2015/2016 um bis zu etwa 15 Prozentpunkte. Während immer noch rund 8 von 10 Deutschen mit MH/Migrant*innen gleiche Rechte befürworten (79,6 %), ist es nur noch knapp die Hälfte, welche die gleichwertige Teilhabe positiv beantwortet (52,8 %).

Tabelle 5
Etabliertenvorrechte unter Deutschen mit Migrationshintergrund/ Migrant*innen
 (Angaben in Prozent)

Indikatoren: Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	2013/2014			2015/2016		
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	42,5	25,7	31,8	25,6	22,9	51,5
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	12,0	17,8	70,2	19,7	27,5	52,8
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	2,6	7,7	89,7	9,4	11,0	79,6
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	44,7	34,1	21,2	31,6	34,7	33,7
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	59,0	24,1	16,9	47,8	23,9	28,3
Gesamtskala	64,3	30,9	4,8	47,6	36,4	16,0
Skalen-Durchschnittswert		2,21			2,69	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von 391 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 507 Personen die Fragen zu den Etabliertenvorrechten.

Soziodemografische Unterschiede in der Betonung von Etabliertenvorrechten

In beiden Gruppen fordern ältere Menschen signifikant häufiger als jüngere Menschen Vorrechte ein. Deutsche ohne MH und hohem Bildungsabschluss enthalten Neuhinzukommenen seltener spezifische Rechte vor. Zwischen den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad liegen keine signifikanten Unterschiede vor. Für Befragte mit Einwanderungsgeschichte verschiebt sich dieser Effekt: Personen mit hohem und mittlerem Bildungsabschluss unterscheiden sich nicht überzufällig in ihrer Ablehnung von Etabliertenvorrechten, hingegen ein niedriger Bildungsgrad signifikant häufiger mit der Einforderung von Vorrechten einhergeht. In beiden Gruppen spielt die Geschlechtszugehörigkeit für das Ausmaß an Etabliertenvorrechten keine Rolle.

RÜCKEROBERUNG ALTER ORDNUNGEN

Der Konflikt um die Vorrechte kann auch vom Anspruch begleitet sein, die Aufrechterhaltung und Sicherung von Traditionen und Wertvorstellungen, von symbolischen Räumen und Hierarchien verstärkt einzuklagen. Angemahnt wird dann eine Rückeroberung des Verlorenen.

Wir entwickelten in *ZuGleich 13/14* für diese Haltung ein neues Messinstrument. Der Appell zur Rückeroberung beinhaltet dabei den Aufruf, identitätsstiftende Grenzen des Raums und Wertegefüges erneut und verstärkt abzustecken, indem das ‚Eigene‘ wieder in den Fokus gerückt und das ‚Andere‘, gar ‚Fremde‘ verdrängt werden soll. Beide Dimensionen stehen in enger Beziehung zueinander, gehen jedoch nicht notwendigerweise miteinander einher.

So zeigt sich im Vergleich beider Erhebungsjahre, dass die Wiederbelebung einer deutschen Identität auf nahezu identischem Zustimmungsniveau bleibt, hingegen die Zurückdrängung von Migrant*innen aus dem öffentlichen Raum noch stärker gefordert wird. Die dazugehörigen Aussagen sind in Tabelle 6 einzusehen.

Es geht um mehr als Tradition und Werte. Deutsche ohne Migrationshintergrund/biografie verlangen ihre Dominanz gegenüber Migrant*innen zurück.

Der Appell zur Rückeroberung wird von fast der Hälfte der Befragten ohne MH in 2015/2016 geteilt (45,4 %) und steigt damit um rund 8 Prozent im Vergleich zu 2013/2014 an.

Sowohl in 2013/2014 als auch in 2015/2016 befürworteten rund 60 Prozent der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, *deutsche Traditionen wie Werte* wieder zu stärken. Allerdings lehnen im Vergleich zum Jahreswechsel 2013/2014 nun auch mehr Befragte die Fokussierung der deutschen Identitätsfrage ab. Eine deutliche Zunahme in der Zustimmung muss hingegen für die Dimension des öffentlichen Raums konstatiert werden, für dessen ‚Rückeroberung‘ sich in 2015/2016 weitaus mehr Befragte aussprechen als noch in 2013/2014. Rund 45 Prozent stimmen nicht nur einem neuen *deutschen Selbstbewusstsein* gegenüber Migrant*innen zu, sondern fordern mit jeweils etwa 41 Prozent auch verstärkte *Restriktionen* und mehr *Achtsamkeit*, was die generelle Zahl von Migrant*innen in Deutschland betrifft.

Tabelle 6

Appell zur Rückeroberung unter Deutschen ohne Migrationshintergrund

(Angaben in Prozent)

Indikatoren	2013/2014			2015/2016		
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	12,6	26,0	61,4	19,3	18,5	62,2
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	14,4	25,7	59,9	17,7	22,9	59,4
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten.	42,2	24,3	33,5	31,5	24,0	44,5
Wir sollten vor allem jüngere Migranten häufiger in ihre Schranken weisen.	46,3	27,6	26,1	33,9	25,2	40,9
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migranten überrannt zu werden.	50,1	21,9	28,0	42,9	15,7	41,4
Gesamtskala	31,3	31,0	37,7	26,4	28,2	45,4
Skalen-Durchschnittswert		3,12			3,31	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Die Fallzahlen für beide Erhebungen reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2013/2014 beantworteten 807 Personen die Fragen, in 2015/2016 liegt die Fallzahl bei 486 Personen.

Soziodemografische Unterschiede bei der Zustimmung zur Rückeroberung

Ältere Menschen (ab 61 Jahren) fordern auch weiterhin signifikant häufiger als jüngere die Rückeroberung des öffentlichen Raums und Wiederbelebung deutscher Werte. Der Bildungseffekt verliert an Erklärungskraft: Zwar stimmen Personen mit hohem Bildungsgrad immer noch signifikant seltener der Zurückdrängung von Migrant*innen zu, zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss finden sich allerdings keine signifikanten Unterschiede mehr. Auch das Geschlecht verliert seinen Einfluss.

WAS GEHÖRT DAZU, UM DAZUZUGEHÖREN?

Das Thema Zugehörigkeit ist ein zentraler Topos der Migrationsdebatte. Eine öffentlich kontrovers diskutierte Frage der letzten Monate war: Ab wann sind Menschen mit Migrationsgeschichte, deutsch, oder gar deutsch genug? Das ist nicht nur eine staatsrechtliche, sondern eine hoch politische Frage, die viele Bürger*innen beschäftigt und durch rechtspopulistische Gruppen und Parteien besetzt wird.

Welche Kriterien müssen Menschen erfüllen, um ‚deutsch‘ zu sein? Gehören jene 2,1 Millionen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und/ oder nicht dem Christentum angehören (31,6 Millionen), weniger zur deutschen Gesellschaft als andere? Braucht es das Gefühl, Deutsche*r zu sein, um als ‚Mitglied‘ anerkannt zu werden?

Neben rein formalen und gleichsam exklusiven Merkmalen (bspw. die deutsche Staatsangehörigkeit oder das Geburtsland Deutschland) werden zunehmend graduale, also erwerbbar Kriterien angeführt, die eine weichere Definition deutscher Zugehörigkeit zulassen (bspw. soziales Engagement).

Schon in 2013/2014 fragte das Projekt *ZuGleich*, was nach Meinung der Bürger*innen zu erfüllen sei, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören und legte hierfür eine Reihe an Kriterien vor, die in ihrer Wichtigkeit zu bewerten waren. Für 2015/2016 wurden die Befragten erneut gebeten, ihre persönliche Einschätzung zum Merkmalskatalog deutscher Zugehörigkeit abzugeben. Abbildung 1 gibt die Zustimmungen für alle Befragten wider. In den Tabellen 7 und 8 sind die getrennten Daten der Befragten ohne und mit Migrationsbiografie enthalten.

Die deutsche Bevölkerung hat ihre Bedingungen für eine deutsche Zugehörigkeit deutlich verschärft. Sie fordert allerdings etwas seltener die Erfüllung von kategorischen Kriterien wie das Geburtsland oder die christliche Religionszugehörigkeit.

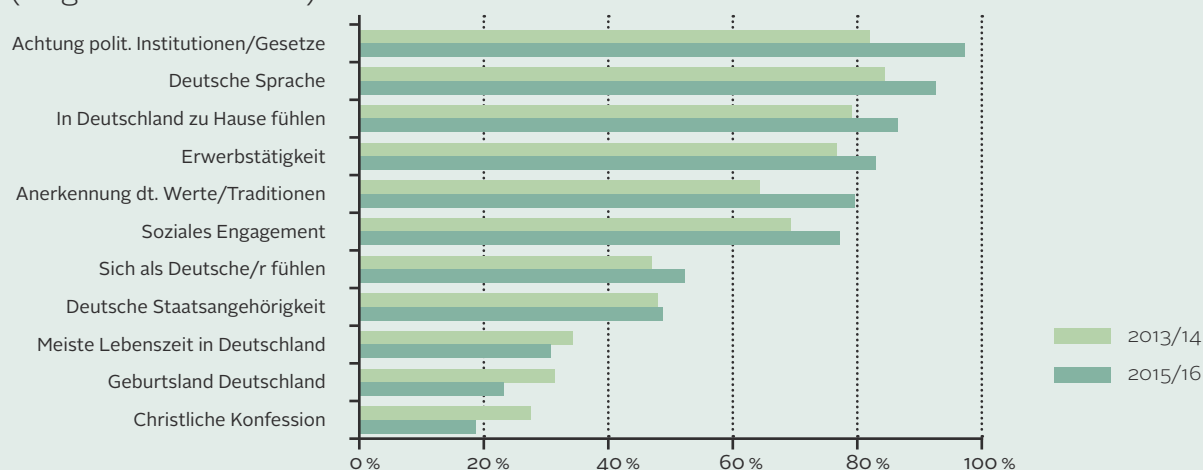
Der Vergleich beider Erhebungszeitpunkte zeigt deutlich, dass die deutsche Bevölkerung in den Bedingungen, die sie für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft stellen, deutlich angezogen hat. Insgesamt 7 Kriterien – von der deutschen Sprache über die Achtung politischer Institutionen bis hin zu sozialem Engagement – haben nach Meinung der Befragten stark an Bedeutung für eine deutliche Zugehörigkeit gewonnen.

Es zeigt sich aber auch, dass im Vergleich zu 2013/2014 seltener auf die Erfüllung formal-kategorischer Kriterien, also sogenannte ‚Entweder-Oder-Kriterien‘, wie eine christliche Konfession bestanden wird.

Abbildung 1

Kriterien deutscher Zugehörigkeit in der Gesamtbevölkerung

(Angaben in Prozent)



Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Zustimmungen. Die Fallzahlen für beide Erhebungen reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2013/2014 beantworteten 1.008 Personen die Fragen, in 2015/2016 liegt die Fallzahl bei 753 Personen.

Befragte mit und ohne Migrationsgeschichte sind sich weiterhin einig: Die Achtung politischer Institutionen und Gesetze und die deutsche Sprache sind die wichtigsten Kriterien für die deutsche Zugehörigkeit.

Wie schon zum Jahreswechsel 2013/2014 halten Deutsche ohne Migrationshintergrund (MH) auch in 2015/2016 vor allem den Respekt politischer Institutionen wie Gesetze (97,2 %) wie die deutsche Sprache (92,5 %) für

maßgeblich, wenn es um die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft geht. (vgl. Tabelle 7) Insbesondere die Achtung von politischen Institutionen ist aufgrund ihrer besonders hohen Zustimmung ein weit geteiltes Ausschlusskriterium für die Zugehörigkeit.

Eine Erwerbstätigkeit, die Anerkennung deutscher Werte und Traditionen und soziales Engagement nehmen im Vergleich zu 2013/2014 ebenfalls in ihrer

Bedeutung für die Befragten ohne MH nochmals zu, hingegen werden das Geburtsland Deutschland oder die christliche Religionszugehörigkeit mittlerweile weniger wichtig für eine deutsche Zugehörigkeit erachtet. Auch die klare Differenz zwischen der starken Identifikation als Deutsche*r und sich in Deutschland zu Hause zu fühlen, bleibt weiterhin bestehen. Ihre jeweilige Wertigkeit wird hingegen in 2015/2016 nochmals stärker eingeschätzt als in 2013/2014.

Tabelle 7
Kriterien deutscher Zugehörigkeit unter Deutschen ohne Migrationshintergrund
(Angaben in Prozent)

Indikatoren: Wie wichtig ist es, ...	2013/2014			2015/2016		
	nicht wichtig	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
... in Deutschland geboren zu sein?	49,5	19,2	31,3	59,9	16,9	23,2
... die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen?	29,6	22,5	47,9	20,0	31,3	48,7
... den größten Teil des Lebens in Deutschland gelebt zu haben?	40,3	25,3	34,4	43,5	25,9	30,6
... Deutsch sprechen zu können?	6,7	9,1	84,2	2,5	5,0	92,5
... erwerbstätig zu sein?	6,3	17,0	76,7	4,7	12,5	82,8
... die deutschen politischen Institutionen und Gesetze zu achten?	5,0	13,1	81,9	1,1	1,7	97,2
... deutsche Werte und Traditionen anzuerkennen?	9,5	26,3	64,2	7,3	13,3	79,4
... sich aktiv für die Allgemeinheit einzusetzen?	5,8	25,0	69,2	4,7	18,2	77,1
... sich als Deutsche bzw. Deutscher zu fühlen?	25,8	27,3	46,9	16,4	31,5	51,1
... sich in Deutschland zu Hause zu fühlen?	6,3	14,6	79,1	3,2	10,3	86,5
... ein Christ zu sein?	54,9	17,5	27,6	64,2	17,1	18,7

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Die Fallzahlen für beide Erhebungen reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2013/2014 beantworteten 808 Personen die Fragen, in 2015/2016 liegt die Fallzahl bei 512 Personen.

Auch die migrantische Bevölkerung hat ihre Mitgliedschaftsbedingungen noch einmal verschärft und betont mit 98,3 Prozent und ausbleibender Ablehnung die deutsche Sprache als Voraussetzung für eine deutsche Zugehörigkeit (vgl. Tabelle 8).

Die Achtung der Institutionen wird von weiteren 97,5 Prozent als wichtig erachtet und gewinnt damit im Vergleich zu 2013/2014 erneut an Zustimmung. Eine hohe Befürwortung über die letzten zwei Jahre zeigt sich weiterhin

für die Anerkennung deutscher Werte und Traditionen und soziales Engagement, die von mittlerweile 83,6 Prozent beziehungsweise 85,7 Prozent der Befragten mit MH als wichtig erachtet werden, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören. Die Bedeutsamkeit der Identifikation als Deutsche*r und die Einforderung eines Heimatgefühls als Kriterium der Zugehörigkeit, bleibt bestehen, nimmt allerdings in ihrem Differenzgrad ab. Während die Wichtigkeit, sich in Deutschland zu Hause zu fühlen, über beide Jahre mit

rund 85 Prozent auf gleichem Niveau bleibt, wird das Gefühl, Deutsche*r zu sein, in 2015/2016 mit 52,6 Prozent von deutlich mehr Befragten mit MH als bedeutend erachtet als noch in 2013/2014. Hingegen fallen Kriterien wie das Geburtsland Deutschland, die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Aufenthaltslänge in ihrer beigemessenen Bedeutung nicht nur erneut hinter die Werte der Bevölkerung ohne Migrationsbiografie zurück, sondern verlieren auch an Wichtigkeit für die deutsche Zugehörigkeit.

Tabelle 8

Kriterien deutscher Zugehörigkeit unter Deutschen mit Migrationshintergrund/ Migrant*innen (Angaben in Prozent)

Indikatoren: Wie wichtig ist es, ...	2013/2014			2015/2016		
	nicht wichtig	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
... in Deutschland geboren zu sein?	64,2	14,8	21,0	66,3	17,4	16,3
... die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen?	35,6	18,4	46,0	34,1	21,6	44,3
... den größten Teil des Lebens in Deutschland gelebt zu haben?	37,9	20,5	41,6	37,3	22,7	40,0
... Deutsch sprechen zu können?	3,2	6,6	90,2	–	1,7	98,3
... erwerbstätig zu sein?	2,3	10,7	87,0	4,0	4,1	91,9
... die deutschen politischen Institutionen und Gesetze zu achten?	0,4	12,4	87,2	0,5	2,0	97,5
... deutsche Werte und Traditionen anzuerkennen?	12,2	19,2	68,6	3,3	13,1	83,6
... sich aktiv für die Allgemeinheit einzusetzen?	2,1	23,6	74,3	2,4	11,9	85,7
... sich als Deutsche bzw. Deutscher zu fühlen?	16,7	40,2	43,1	23,0	24,4	52,6
... sich in Deutschland zu Hause zu fühlen?	4,8	10,1	85,1	2,2	12,6	85,2
... ein Christ zu sein?	57,4	17,2	25,4	59,2	22,1	18,7

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Die Fallzahlen für beide Erhebungen reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2013/2014 beantworteten 200 Personen die Fragen, in 2015/2016 liegt die Fallzahl bei 241 Personen.

EINSTELLUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN IN DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

Menschen bilden mehr oder minder klare Konzepte darüber aus, wie sie sich selbst oder andere in die Gesellschaft eingliedern möchten oder sollen. Dazu gehören sowohl die Aushandlung von Teilhabemöglichkeiten, die einerseits gewährt und andererseits gewünscht werden können, als auch die Abwägung des Kulturerhalts auf beiden Seiten. Das heißt, es geht grundlegend um die Wahrung von Identitäten sowie Teilhabe und Partizipation. Die Aneignung neuer Umwelten wird dabei als Akkulturation bezeichnet, die Überzeugungen, wie Akkulturation vonstattengehen soll, als Akkulturationsorientierung verstanden.

In der Forschung werden vier Konzepte unterschieden. Sie resultieren mit Blick auf die Akkulturation von Zuwanderer*innen aus der Befürwortung oder

Ablehnung der zwei grundlegenden Fragekomplexe: 1. Sollen/ dürfen die ‚Hinzugekommenen‘ teilhaben und ist die enge Beziehung zur aufnehmenden Gesellschaft andererseits gewollt? 2. Sollen die ‚Hinzukommenden‘ einerseits die bestehende Kultur in der aufnehmenden Gesellschaft annehmen zum Preis der Aufgabe mitgebrachter kultureller Wurzeln und wie sehr besteht andererseits das Bedürfnis, ebendiese aufrechterhalten zu wollen?

Über die Zustimmung oder Ablehnung beider Fragen lassen sich vier Akkulturationsvorstellungen unterscheiden: 1. Integration (Teilhabe ja/ Kulturerhalt ja); 2. Assimilation (Teilhabe ja/ Kulturerhalt nein); 3. Separation (Teilhabe nein/ Kulturerhalt ja); 4. Marginalisierung (Ablehnung von Teilhabe und Identität).

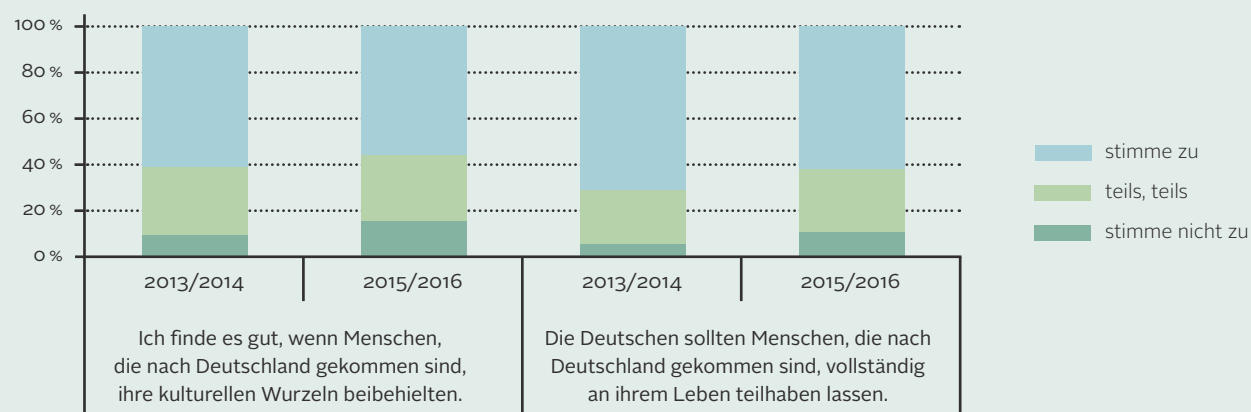
Abbildung 2 zeigt die Verteilung der Zustimmungen zu den Einzelaussagen in den Umfragen *ZuGleich* 13/14 und *ZuGleich* 15/16 für alle Befragten. In Tabelle 9 und 10 sind die Zustimmungen und Ablehnungen unter den Befragten ohne und mit Migrationsbiografie wiedergegeben.

Die klare Wertschätzung von Teilhabe und Kulturerhalt verliert an Zuspruch.

Der Erhalt von Kultur und Identität findet in 2015/2016 weniger Zustimmung als noch in 2013/2014. Dabei vergrößert sich auch der Befragtenanteil, der die Wahrung kultureller Identitäten klar ablehnt. Die Befürwortung der vollständigen Teilhabe und damit einhergehende Forderung, sich gegenüber Migrant*innen zu öffnen, nimmt ebenfalls deutlich ab.

Abbildung 2

Akkulturationsorientierungen in der Gesamtbevölkerung (Angaben in Prozent)



Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von 2.006 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 1.505 Personen die Fragen.

Die Einzelbetrachtung der Zustimmungen und Ablehnungen unter den Befragten ohne MH legt dabei offen, dass die Wertschätzung von Teilhabe und Kultur (Dimensionen des Integrationskonzepts) in 2013/2014 bei einer deutlichen Mehrheit starke Zustimmung fand (Tabelle 9). Sieben von 10

Befragten ohne MH (70,6 %) sprachen sich für die gesellschaftliche Öffnung gegenüber Migrant*innen aus, immer noch 59,6 Prozent akzeptierten ebenso den Erhalt kultureller Wurzeln. Zum Jahreswechsel 2015/2016 reduziert sich diese Anerkennung um rund 10 Prozentpunkte: Die *Teilhabe von und*

Beziehung zu (ehemals) Eingewanderten wird von nur noch 61,2 Prozent gewünscht, die Aufrechterhaltung der *kulturellen Identität* von 50,7 Prozent gewährt. Auch die Ablehnung beider Dimensionen des Integrationskonzepts hat im Vergleich zugenommen.

Tabelle 9

Akkulturationsorientierungen unter Deutschen ohne Migrationshintergrund

(Angaben in Prozent)

Indikatoren	2013/2014			2015/2016		
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
Kulturerhalt Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	9,9	30,5	59,6	17,0	32,3	50,7
Teilhabe und Beziehung Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	5,1	24,3	70,6	9,6	29,2	61,2

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von insgesamt 1.615 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 998 Personen die Fragen zu den Akkulturationsorientierungen.

Im Vergleich zur Bevölkerung ohne MH schätzen Deutsche mit MH/ Migrant*innen auch weiterhin auf einem hohen Zustimmungsniveau die Aufrechterhaltung kultureller Wurzeln. Tabelle 7 zeigt die Zustimmungen und Ablehnungen unter diesen Befragten.

Befragte mit Migrationsbiografie wünschen sich zwar weiterhin den Erhalt ihrer kulturellen Identität, reduzieren aber ihre Forderung nach mehr Teilhabe.

In 2013/2014 sprach sich ein Drittel (66,5 %) für die Wahrung *kultureller Identitäten* aus, in 2015/2016 sind immer noch 64,9 Prozent dieser Meinung. Der Wunsch beziehungsweise Appell an die Deutschen, (ehemals) Eingewanderten mehr *Teilhabe und Beziehung* zu gewähren, nimmt hingegen um rund

7 Prozentpunkte ab (2013/2014: 71,5 %; 2015/2016: 64,1 %). Allerdings verdoppelt sich im Vergleich auch die Ablehnung einer gesellschaftlichen Öffnung gegenüber Migrant*innen.

Wird statistisch geprüft, ob sich Menschen mit und ohne Migrationsbiografie unterscheiden, findet sich nur ein Unterschied in Bezug auf die Frage nach der Teilhabe: Menschen mit Migrationsbiografie befürworteten die Teilhabe an der Gesellschaft signifikant stärker.

Tabelle 10

Akkulturationsorientierungen unter Deutschen mit Migrationshintergrund/ Migrant*innen (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2013/2014			2015/2016		
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu
Kulturerhalt Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	7,6	25,9	66,5	13,8	21,3	64,9
Teilhabe und Beziehung Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	6,2	22,3	71,5	12,7	23,2	64,1

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von 391 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 507 Personen die Fragen zu den Akkulturationsorientierungen.

Soziodemografische Unterschiede in den Akkulturationsvorstellungen

Sowohl das Geschlecht als auch das Alter der Befragten ohne MH spielen für die Wertschätzung der Teilhabe von Migrant*innen wie deren kultureller Identität keine Rolle. In beiden Gruppen fordern Personen mit hohem *Bildungsgrad* signifikant häufiger als jene mit niedrigerem Bildungsabschluss eine engere Beziehung. Für die Gewährung des Kulturerhalts liegen keine signifikanten Unterschiede zwischen den jeweiligen Bildungsgruppen vor. Unter Deutschen mit MH/ Migrant*innen zeigt sich, dass Befragte mittleren Alters (36 – 61 Jahre) signifikant häufiger den Erhalt kultureller Wurzeln befürworten als Ältere (61 Jahre und älter). Das Geschlecht hat hingegen keinen Einfluss.

Das Integrationskonzept verliert in der Gesamtbevölkerung an Zuspruch. Die Akkulturationsvorstellungen, die sich im Verhältnis der Zustimmungen und Ablehnungen beider Aussagen bilden lassen, zeigen weiterhin auf, dass die allgemeine Befürwortung des *Integrations-Konzepts* gesunken ist (vgl. Tab. 11).

Die Befürwortung des Erhalts kultureller Identitäten *als auch* der Teilhabe an und Beziehung zur sogenannten Aufnahmegesellschaft nimmt in der deutschen Bevölkerung merklich ab. Zwar erhält das Integrationskonzept damit immer noch den höchsten Zuspruch, allerdings verzeichnen auch die Zustimmungen zu Konzepten wie Separation und Assimilation eine leichte Zunahme.

Tabelle 11

Akkulturationsvorstellungen in der Gesamtbevölkerung

(Angaben in Prozent)

Ja zum Kulturerhalt. Ja zur Teilhabe.	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	48,4 % Integration	4,4 % Assimilation	40,0 % Integration	6,5 % Assimilation
Ablehnung	2,1 % Separation	1,6 % Marginalisation	4,5 % Separation	3,9 % Marginalisation
	unentschieden: 43,5 %		unentschieden: 45,1 %	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von insgesamt 2.006 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 1.505 Personen die Fragen.

Mit Blick auf die Befragten ohne Migrationshintergrund (ohne MH) standen zum Jahreswechsel 2013/2014 insgesamt 47,9 Prozent sowohl dem Kulturerhalt als auch der Teilhabe von Migrant*innen wertschätzend gegenüber (vgl. Tabelle 12).

In 2015/2016 findet sich nur noch etwas mehr als ein Drittel (36,6 %), das beiden Dimensionen klar zustimmt. Im Vergleich dazu tendiert die Bevölkerung ohne MH nun auch stärker zu Vorstellungen des Zusammenlebens, die den Konzepten der *Assimilation*

(2013/2014: 4,6 %; 2015/2016: 6,7 %) oder *Marginalisation* (2013/2014: 1,7 %; 2015/2016: 5,3 %) entsprechen. Darüber hinaus ist die Zahl derjenigen gestiegen, welche sich für keines der Konzepte entscheiden können oder wollen.

Tabelle 12

Akkulturationsvorstellungen der Deutschen ohne Migrationshintergrund

(Angaben in Prozent)

Ja zum Kulturerhalt. Ja zur Teilhabe.	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	47,9 % Integration	4,6 % Assimilation	36,6 % Integration	6,7 % Assimilation
Ablehnung	1,8 % Separation	1,7 % Marginalisation	2,8 % Separation	5,3 % Marginalisation
	unentschieden: 44,0 %		unentschieden: 48,6 %	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Für 2013/2014 liegen die Daten von insgesamt 1.615 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 998 Personen die Fragen.

Eine ähnliche Bewegung über beide Erhebungszeitpunkte hinweg zeigt sich für die Befragten mit Migrationsbiografie (vgl. Tabelle 13). Die *Zustimmung zur Integration* sinkt um rund 5 Prozentpunkte von 50,8 Prozent in 2013/2014 auf 46,0

Prozent in 2015/2016, während andere Akkulturationsvorstellungen nun etwas stärker befürwortet werden. Sowohl das Konzept der *Separation*, also die Ablehnung von Teilhabe bei gleichzeitiger Fürsprache des Kulturerhalts, als auch

der *Assimilation*, das heißt, die Aufgabe der kulturellen Identität bei gleichzeitig enger Beziehung zur aufnehmenden Gesellschaft, legen um etwa 3 Prozentpunkte zu. Der Anteil der Befragten, der sich unentschieden gibt, nimmt hingegen ab.

Tabelle 13

Akkulturationsvorstellungen der Deutschen mit Migrationshintergrund/Migrant*innen (Angaben in Prozent)

Ja zum Kulturerhalt. Ja zur Teilhabe.	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	50,8 % Integration	3,5 % Assimilation	46,0 % Integration	6,6 % Assimilation
Ablehnung	3,3 % Separation	1,1 % Marginalisation	7,7 % Separation	1,6 % Marginalisation
	unentschieden: 41,3 %		unentschieden: 38,1 %	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Fragestellungen: „Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.“ und „Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.“ Für 2013/2014 liegen die Daten von insgesamt 2.006 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 1.505 Personen die Fragen.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auch zu beantworten, wie sich das Zusammenspiel von ‚idealen‘ Akkulturationsvorstellungen, die immer noch maßgeblich durch das Konzept der Integration bestimmt sind, und realen Alltagsansprüchen gestaltet. Akkulturationsprozesse sind dabei nicht als Einbahnstraße zu verstehen, dennoch meinen viele Menschen, eine Gruppe müsse sich der anderen anpassen und nicht umgekehrt. Wir haben gefragt: Wer soll sich an wen anpassen?

Aus den Zustimmungen und Ablehnungen lassen sich abermals vier Konzepte der Akkulturationsrichtung unterscheiden: 1. Annäherung: Anpassungsanstrengung auf beiden Seiten; 2. Adaption: Anpassungsanstrengung auf Seiten der Migrant*innen; 3. Öffnung: Anpassungsanstrengung auf Seiten Deutscher ohne MH; 4. Distanzierung: keine Anpassungsanstrengung.

Tabelle 14 zeigt die prozentualen Verteilungen in Bezug auf die vier Varianten für alle Befragten. Die getrennte Betrachtung der Befragten ohne und mit Migrationshintergrund ist in den Tabellen 15 und 16 einzusehen.

Eine deutliche Mehrheit unter den Befragten mit und ohne Migrationsbiografie fordert die einseitige Anpassung von Migrant*innen an die Deutschen.

Die deutsche Bevölkerung hat ihre Anpassungsforderung an Migrant*innen deutlich verschärft. Im Vergleich zu 2013/2014 nimmt die Adaption als klar einseitige Anpassungsanstrengung der Migrant*innen an Deutsche um fast 20 Prozentpunkte zu und wird in 2015/2016 nun von mehr als jedem*r Zweiten gewünscht. Gleichzeitig verlieren Konzepte wie das der Annäherung oder der allgemeinen Distanzierung an Zustimmung. Es zeigt sich auch, dass sich der Anteil der „Unentschiedenen“ in der Gesamtbevölkerung deutlich reduziert.

Tabelle 14

Anpassungsforderungen in der Gesamtbevölkerung

(Angaben in Prozent)

Anpassung von Migrant*innen Anpassung von Deutschen	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	9,3 % Annäherung	2,2 % Öffnung	6,1 % Annäherung	1,3 % Öffnung
Ablehnung	36,2 % Adaption	10,6 % Distanzierung	54,9 % Adaption	6,5 % Distanzierung
unentschieden: 41,7 %		unentschieden: 31,2 %		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten.

Unter den Deutschen ohne Migrationsgeschichte setzte sich bereits in 2013/2014 die einseitige Anpassungsforderung an Migrant*innen mit mehr als einem Drittel (36,4), die dies befürworteten, im Vergleich zu den übrigen Konzepten deutlich ab (vgl. Tabelle 15). In 2015/2016 ist es mittlerweile jede*r

Zweite (53,5 %), der*die verlangt, *Migrant*innen* hätten sich an Deutsche *anzupassen*. Im gleichen Zuge reduzieren sich die Zustimmungen für eine *Annäherung* beider Seiten von 8,4 Prozent in 2013/2014 auf 4,6 Prozent in 2015/2016 und allgemeine *Distanzierung*, also die Ablehnung von Anpas-

sungsanstrengungen im Allgemeinen (2013/2014: 10,9 %; 2015/2016: 7,2 %). Zu beachten ist weiterhin, dass auch der ‚unentschiedene‘ Befragtenanteil unter den Deutschen ohne MH um mehr als 10 Prozentpunkte abnimmt.

Tabelle 15

Anpassungsforderungen der Deutschen ohne Migrationshintergrund

(Angaben in Prozent)

Anpassung von Migrant*innen Anpassung von Deutschen	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	8,4 % Annäherung	2,3 % Öffnung	4,6 % Annäherung	1,7 % Öffnung
Ablehnung	36,4 % Adaption	10,9 % Distanzierung	53,5 % Adaption	7,2 % Distanzierung
unentschieden: 42,0 %		unentschieden: 33,0 %		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Fragestellungen: „Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.“ und „Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.“ Für 2013/2014 liegen die Daten von insgesamt 1.615 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 998 Personen die Fragen.

Vergleichbare Trends lassen sich auch für die Deutschen mit Migrationsgeschichte erkennen, wie Tabelle 16 zeigt. Auch hier steigt die Forderung, *Migrant*innen* hätten sich an Deutsche *anzupassen*, überaus deutlich. War es noch etwas mehr als

ein Drittel (35,8 %) zum Jahreswechsel 2013/2014, das die Adaption verlangte, sind es 2015/2016 bereits 59,2 Prozent Zustimmung. Ebenfalls nehmen im Vergleich dazu die Präferenzen für eine *Öffnung* (2013/2014: 2,1 %; 2015/2016:

0,5 %) und gegenseitige *Annäherung* (2013/2014: 13,0 %; 2015/2016: 9,0 %), aber auch die allgemeine Distanzierung von jeglicher Anpassungsanstrengung ab (2013/2014: 9,3 %; 2015/2016: 4,9 %).

Tabelle 16

Anpassungsforderungen der Deutschen mit Migrationshintergrund/ Migrant*innen
(Angaben in Prozent)

Anpassung von Migrant*innen Anpassung von Deutschen	2013/2014		2015/2016	
	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung
Zustimmung	13,0 % Annäherung	2,1 % Öffnung	9,0 % Annäherung	0,5 % Öffnung
Ablehnung	35,8 % Adaption	9,3 % Distanzierung	59,3 % Adaption	4,9 % Distanzierung
	unentschieden: 39,8 %		unentschieden: 26,4 %	

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten. Fragestellungen: „Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.“ und „Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.“ Für 2013/2014 liegen die Daten von 391 Personen vor, in 2015/2016 beantworteten 507 Personen die Fragen.

EINSTELLUNGEN ZU GEFLÜCHTETEN

Die Jahre 2014 und 2015 prägte das Thema Flucht und die Frage nach dem Zustand und der Zukunft Deutschlands. Vor diesem Hintergrund fragte *ZuGleich* auch danach, welche Einstellungen der Fluchtbewegung im Allgemeinen gegenüberstehen. Da das Projekt Integrationsqualitäten fokussiert, interessierte vor allem die Meinung zu Rechten, Gefahren, aber auch soziale Distanz und die vielfach diskutierten Auswirkungen der Fluchtbewegung für Deutschland.

In Tabelle 17 sind die Zustimmungen und Ablehnungen für die Gesamtbevölkerung

aufgeführt, die zum Thema Flucht in *ZuGleich* 15/16 gestellt wurden. Tabelle 18 und 19 bilden die Daten der Befragten ohne und mit Migrationshintergrund getrennt voneinander ab.

Die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund befürworten zwar in großer Mehrheit ein Recht auf Asyl, jede*r Zweite lehnt aber ein Bleibe-recht auf Dauer ab.

Die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten fallen sehr ambivalent aus. Nicht nur, dass in großer Mehrheit das Asyl-Recht wie die unabhängige Prüfung dessen auf viel

Zuspruch stößt, auch die Unterbringung von Geflüchteten in der eigenen Nachbarschaft ist für fast zwei Drittel unproblematisch. Gleichzeitig teilt aber auch ein großer Teil die Meinungen, durch die Aufnahme von Geflüchteten würde die Zukunft Deutschlands bedroht und die Terrorismus-Gefahr zunehmen. Ein ebenso großer Befragtenanteil lehnt diese Aussagen ab. Deutlich über die Hälfte der deutschen Bevölkerung fordert weiterhin, Geflüchtete sollten bei Verbesserung der Lage in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Tabelle 17

Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu Geflüchteten in 2015/2016

(Angaben in Prozent)

Indikatoren	2015/2016			Fallzahl
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	
Die meisten Flüchtlinge werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	40,2	29,0	30,8	1.266
Die hohen Flüchtlingszahlen gefährden die Zukunft Deutschlands.	38,9	24,5	36,6	1.471
Je mehr Flüchtlinge Deutschland aufnimmt, desto größer ist die Gefahr von Terrorismus.	31,0	19,9	49,1	1.483
In meiner Nachbarschaft sind mir Flüchtlinge genauso recht wie andere Menschen.	11,8	23,5	64,7	1.478
Jeder Flüchtling hat das Recht auf eine bessere Zukunft – auch in Deutschland.	8,6	18,5	72,9	1.496
Die Religionszugehörigkeit sollte keine Rolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen spielen.	12,1	12,1	75,8	1.495
Sobald sich die Lage in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert hat, sollten sie dorthin zurückgeschickt werden.	17,4	27,9	54,7	1.478
Zustimmung insgesamt	47,7	33,1	19,2	
Skalen-Durchschnittswert		2,63		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten.

Die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht in ihren allgemeinen Haltungen zu Geflüchteten: Jede*r Fünfte steht der Fluchtbewegung deutlich ablehnend gegenüber, beinahe die Hälfte teilt eine positive Haltung.

In der statistischen Prüfung zeigt sich, dass eine Migrationsbiografie für die Haltung gegenüber Geflüchteten keine Rolle spielt. Befragte mit und ohne MH unterscheiden sich in ihren allgemein positiven beziehungsweise negativen Einstellungen nicht voneinander.

Werden die einzelnen Zustimmungen und Ablehnungen der Befragten

ohne Migrationsbiografie in den Blick genommen, zeigt sich, dass fast jede*r Zweite ohne MH das prinzipielle Recht eines jeden Menschen auf eine *bessere Zukunft* und die unabhängige *Prüfung des Asyls* befürwortet (vgl. Tabelle 18). Der Großteil von 70,0 beziehungsweise 74,4 Prozent spricht sich hierfür aus. Mit Blick auf die soziale Distanz oder Nähe geben 63,1 Prozent der Befragten ohne MH an, sie würden *Geflüchtete als Nachbarn* genauso akzeptieren wie andere Menschen. Gleichzeitig meint allerdings auch jede*r Zweite, Geflüchtete sollten wieder ausgewiesen werden, sofern sich die Lage im jeweiligen Heimatland verbessert hat (54,8 %). Dabei unterstellen

weitere 29,5 Prozent, dass das Recht auf *Asyl in der Mehrheit missbraucht* und sich dieses vielmehr erschlichen wird. Während mehr als ein Drittel der Bevölkerung ohne Migrationsbiografie die Zukunft Deutschlands durch die starke Fluchtbewegung in Gefahr sieht (35,7 %), lehnen 38,2 Prozent diese Bedrohungswahrnehmung klar ab. Beinahe die Hälfte aller Befragten ohne MH (49,3 %) ist darüber hinaus der Meinung, dass die *Terrorismus-Gefahr* mit der Aufnahmezahl von Geflüchteten exponentiell steigt. Diese Annahme lehnt im Gegenzug fast jede*r Dritte (32,7 %) ab.

Tabelle 18

Einstellungen der Deutschen ohne Migrationshintergrund zu Geflüchteten in 2015/2016
(Angaben in Prozent)

Indikatoren	2015/2016			Fallzahl
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	
Die meisten Flüchtlinge werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	38,9	31,6	29,5	850
Die hohen Flüchtlingszahlen gefährden die Zukunft Deutschlands.	38,2	26,1	35,7	978
Je mehr Flüchtlinge Deutschland aufnimmt, desto größer ist die Gefahr von Terrorismus.	32,7	18,0	49,3	985
In meiner Nachbarschaft sind mir Flüchtlinge genauso recht wie andere Menschen.	11,3	25,6	63,1	982
Jeder Flüchtling hat das Recht auf eine bessere Zukunft – auch in Deutschland.	8,5	21,5	70,0	990
Die Religionszugehörigkeit sollte keine Rolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen spielen.	12,3	13,3	74,4	991
Sobald sich die Lage in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert hat, sollten sie dorthin zurückgeschickt werden.	18,4	26,8	54,8	985
Zustimmung insgesamt	45,9	34,4	19,7	
Skalen-Durchschnittswert		2,64		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten.

Nahezu gleichauf mit der Bevölkerung ohne MH liegen die Befragten mit Migrationsgeschichte, wenn es darum geht, dass Geflüchtete Deutschland wieder verlassen sollen, sobald sich die Situation in deren Heimatländern verbessert hat. Mehr als die Hälfte (53,8 %) stimmt für die *Wieder-Ausweisung* von Flüchtlingen.

Tabelle 15 führt die weiteren Meinungen der Befragten mit Migrationsbiografie zur Fluchtbewegung und -politik auf.

Ein Drittel der Befragten mit MH (33,5 %) beschuldigt die Mehrzahl der Geflüchteten jedoch auch des Asylmissbrauchs. Weitere 38,3 Prozent sehen die Zukunft Deutschlands durch die

hohe Aufnahmequote von Geflüchteten bedroht, während fast die Hälfte eine steigende *Terrorismus-Gefahr* annimmt (47,9 %). Beinahe 8 von 10 Befragten mit MH befürworten hingegen, dass Geflüchteten das Recht zusteht, auch in Deutschland eine *bessere Zukunft* zu finden (77,4 %), und ihre *Religionszugehörigkeit* keine Rolle im Aufnahmeprozess spielen sollte (78,3 %).

Tabelle 19

Einstellungen der Deutschen mit Migrationshintergrund/ Migrant*innen Geflüchteten in 2015/2016 (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2015/2016			Fallzahl
	stimme nicht zu	teils, teils	stimme zu	
Die meisten Flüchtlinge werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	41,0	25,5	33,5	416
Die hohen Flüchtlingszahlen gefährden die Zukunft Deutschlands.	39,4	22,3	38,3	493
Je mehr Flüchtlinge Deutschland aufnimmt, desto größer ist die Gefahr von Terrorismus.	28,3	23,8	47,9	498
In meiner Nachbarschaft sind mir Flüchtlinge genauso recht wie andere Menschen.	12,8	20,5	66,7	496
Jeder Flüchtling hat das Recht auf eine bessere Zukunft – auch in Deutschland.	8,8	13,8	77,4	506
Die Religionszugehörigkeit sollte keine Rolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen spielen.	11,4	10,3	78,3	504
Sobald sich die Lage in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert hat, sollten sie dorthin zurückgeschickt werden.	16,0	30,2	53,8	493
Zustimmung insgesamt	49,8	31,8	18,4	
Skalen-Durchschnittswert		2,62		

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten.

Soziodemografische Unterschiede in den Meinungen zur Fluchtbewegung und -politik

Männer und Frauen unterscheiden sich in beiden Gruppen nicht signifikant voneinander, was ihre Einstellungen zur Fluchtbewegung betrifft. Währenddessen ist es insbesondere die ältere Generation ab 61 Jahren der Deutschen ohne MH, die verstärkt zur Ablehnung von Geflüchteten neigt und Deutschland gefährdet sieht als dies jüngere Menschen tun. Für Befragte mit Migrationsbiografie zeigt sich ebenfalls, dass Jüngere (16 – 35 Jahre) signifikant seltener negativ zur Fluchtbewegung stehen, hingegen zwischen der mittleren und ältesten Altersklasse keine Unterschiede vorliegen. In beiden Gruppen tendieren Befragte, die über einen hohen Bildungsgrad verfügen, signifikant seltener zu ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten, Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad unterscheiden sich dagegen nicht.

WIE HÄNGEN ALLGEMEINE VORSTELLUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN MIT DER ABLEHNUNG DER FLUCHTBEWEGUNG ZUSAMMEN?

Im Zusammenhang mit den sehr grundlegenden Vorstellungen zum Zusammenleben in der deutschen Gesellschaft ist die Frage zu stellen, ob und wie eng sich diese auch in den engeren Einstellungen zur Fluchtbewegung, deren Aufnahme und Verbleib niederschlagen. Der anhaltende Diskurs lehrt, wie schmal der Grat mitunter ausfallen kann, wenn es um eine differenzierte und faire Betrachtung der gegenwärtigen Zustände geht. Erklärt die Ablehnung oder Befürwortung einer Willkommenskultur oder der Etabliertenvorrechte negative Haltungen gegenüber Geflüchteten? Kann ein Appell zur Rückerober-

ung, der sich an Migrant*innen richtet, die in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben, einen Ausschlag für die Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten geben? Und welche Rolle spielt die allgemeine Befürwortung des Integrationskonzepts?

Mithilfe der Daten von *ZuGleich* 15/16 wurden hierfür unterschiedliche Erklärungsmodelle geprüft. Dabei wurde ein Gesamtindex für negative Meinungen zur Fluchtbewegung aus den in den Tabellen 14 und 15 aufgeführten Aussagen gebildet. Die unterschiedlichen Erklärungsfaktoren sind sukzessive in

den Modellberechnungen berücksichtigt. Tabelle 16 führt die Ergebnisse auf. In Modell 1 werden die Effekte des Geschlechts, Alters und Bildungsgrads auf die negativen Einstellungen zur Fluchtbewegung geprüft. Modell 2 nimmt des Weiteren die Willkommenskultur auf, Modell 3 die Befürwortung des Integrationskonzepts, in Modell 4 folgt die Einforderung von Etabliertenvorrechten und im letzten Modell 5 wird auch die Befürwortung der Rückeroberung von Traditionen und Werten bei der Erklärung berücksichtigt.

Tabelle 20

Die Erklärung negativer Einstellungen zur Fluchtbewegung durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

(Angaben in Prozent)

	negative Einstellungen zur Fluchtbewegung				
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Geschlecht	-.02 (.06)	-.00 (.06)	-.01 (.06)	.00 (.05)	.00 (.05)
Alter	.01 (.00)	.05 (.00)	.06 (.00)	.02 (.00)	.02 (.00)
Bildungsgrad	-.25 (.02)	-.11 (.02)	-.11 (.02)	-.10 (.02)	-.06 (.02)
Willkommenskultur		-.73 (.02)	-.67 (.03)	-.57 (.03)	-.43 (.03)
Befürwortetes Integrationskonzept			-.11 (.04)	-.09 (.04)	-.10 (.03)
Etabliertenvorrechte				.22 (.04)	.13 (.03)
Rückeroberung					.34 (.03)
Erklärte Varianz (korr. R ²)	6,1 %	58,8 %	59,6 %	63,0 %	69,7 %

Anmerkung:

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf Deutsche ohne Migrationshintergrund, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern. Im Modell 1 beläuft sich ihre Zahl auf insgesamt 998 Befragte. Aufgrund eines verwendeten Fragebogen-Splits sind in den Modellen 2 – 5 noch 486 Fälle enthalten. Angegeben sind die standardisierten Beta-Koeffizienten. Je höher ihr Wert, desto größer ist auch der Effekt des jeweiligen Prädiktors auf die zu erklärende Variable. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Alle Zusammenhänge sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .001$ signifikant.

Insgesamt zeigt sich: Die soziodemografischen Faktoren dienen kaum zur Erklärung einer Ablehnung von Geflüchteten; nur zu rund 6 Prozent erklären das Geschlecht, Alter und der Bildungsgrad der Befragten deren negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten. (Modell 1).

Auch der in diesem Vergleich relativ starke negative Effekt der Bildung büßt in den Folgemodellen an Wichtigkeit ein, bleibt allerdings auf einem stabilen niedrigen Niveau konstant.

Der stark negative Effekt einer Willkommenskultur, also die Anerkennung von Vielfalt und ein offenes Heimatkon-

zept, besitzt eine überaus hohe Erklärungskraft (58,8 Prozent der Varianz). (Modell 2).

Die grundlegende Befürwortung des Integrationskonzepts nimmt im Vergleich jedoch eher geringen Einfluss (Modell 3) und verliert nochmals an Bedeutung bei der Hereinnahme von eingeforderten Etabliertenvorrechten.

Gleichwohl deren Effektstärke hinter dem der Willkommenskultur zurückbleibt, scheint die Einforderung von Vorrechten gegenüber ‚Neuen‘ doch maßgeblich daran beteiligt zu sein, negative Einstellungen zur Fluchtbewegung zu pflegen. (Modell 4).

Die Erweiterung des Modells um den Appell zur Rückeroberung zeigt schließlich, dass die wahrgenommene Bedrohung des sozialen Raums und die Betonung von Traditions- und Wertwahrung die Meinungen zu Flucht prägen. Allerdings bleibt die Willkommenskultur in ihrem negativen Effekt nicht nur beständig, sondern wirkt dem Rückeroberungsappell entgegen. Wenn es also um negative Meinungen zu Flucht und Flüchtlingen geht, erklären die Ablehnungen der Willkommenskultur und ein Appell, vermeintlich althergebrachte Werte, Traditionen und Identitäten zurückzuerobern, die Meinungen.

Die Haltungen der Deutschen mit und ohne eigene Migrationsbiografie zum Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft haben sich zwischen den Jahren 2013/2014 und 2015/2016 deutlich verändert.¹ Zwei Jahre der öffentlichen Debatte und Auseinandersetzung um die außerordentlich angestiegene Zuwanderung von Geflüchteten scheinen ihre Spuren hinterlassen zu haben.

Die positiven Meinungen zur Willkommenskultur sind zurückgegangen. Das starke Willkommenheißen von Migrant*innen hat deutlich abgenommen. Waren es in 2013/2014 noch mehr Befragte, denen es gefiel, dass Migrant*innen sich Deutschland als neue Heimat aussuchen, überwiegt in 2015/2016 mittlerweile die Ablehnung einer solchen Entscheidung. Auch unter Bürger*innen mit Migrationsbiografie wird die Willkommenskultur nicht mehrheitlich befürwortet, wenn sie auch deutlich stärker verbreitet ist.

Die Betonung von Etabliertenvorrechten der sogenannten Alteingesessenen hat sich verdreifacht. Zwar ist die rechtliche Gleichbehandlung von Neuhinzukommenden bei fast allen geteilt, eine soziale Rangordnung scheint dennoch erwünscht: Prioritäre Rechte haben jene, die schon immer hier sind. Dieselbe Haltung teilen Befragte mit Migrationsgeschichte. Auch sie fordern ihr Vorrecht gegenüber Neuhinzukom-

menden ein und unterscheiden sich nicht mehr zur Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dies spiegelt sich auch im verstärkten Appell zur Rückeroberung wider. Den deutschen Befragten ohne Migrationsbiografie geht es um mehr als die Wahrung von Traditionen und Werten. Sie verlangen ihre Dominanz gegenüber Migrant*innen und alte Sozialordnungen im öffentlichen Raum zurück.

Mit dieser Entwicklung stimmt auch der sinkende Rückhalt für das Integrationskonzept überein. Weniger Befragte als in 2013/2014 stimmen der Integration von Migrant*innen zu, also der Teilhabe als auch dem Erhalt kultureller Identitäten. Dabei zeigt sich weiterhin, dass Deutsche mit Migrationsbiografie/ Migrant*innen die Teilhabe und Beziehung zur deutschen Bevölkerung mittlerweile seltener wünschen.

Im gleichen Zuge verschärft sich die Forderung nach Anpassungsanstrengungen, die einzig von Seiten der Migrant*innen zu leisten ist. Ein sprunghafter Anstieg ist für beide Gruppen zu verzeichnen: Unter den Deutschen ohne Migrationshintergrund fordern 20 Prozent mehr die Anpassung an die Deutschen, unter den Befragten mit Migrationsbiografie verdoppelt sich der Anspruch beinahe.

Die Kriterien, die dabei als wesentlich für die Zugehörigkeit zu Deutschland

betrachtet werden, verschärfen sich in ihrem Anspruch ebenfalls. Zwar sind die Sprache, Achtung von Gesetzen und eine Berufstätigkeit weiterhin wesentliche Kriterien. Allerdings kristallisiert sich im Vergleich zu 2013/2014 in aller Deutlichkeit heraus, dass die Missachtung politischer Institutionen und Gesetze für Deutsche ohne MH das Ausschlusskriterium schlechthin ist. Befragte mit Migrationsbiografie meinen dagegen, ohne die Beherrschung der deutschen Sprache könne es keine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft geben.

Die Meinungen gegenüber Geflüchteten gestalten sich ambivalent. Fast die Hälfte aller Befragten assoziiert mit ihnen die Bedrohung von Terrorismus, ein Drittel sieht Deutschlands Zukunft in Gefahr und jede*r Zweite wünscht die Wieder-Ausweisung, sobald sich die Lage in den Heimatländern der Geflüchteten verbessert hat. Der Großteil unterstützt jedoch auch ein Grundrecht auf Asyl und gibt an, Geflüchtete in der Nachbarschaft zu akzeptieren. Dabei unterscheiden sich die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund auch nicht signifikant.

Insgesamt hat die Aufnahme von Geflüchteten und ihre öffentliche Diskussion Spuren hinterlassen, die sich auf die ganz generellen Haltungen zur Integration und Migration auswirken. Werden all die diversen Meinungen überblickt, wird

¹ Nicht zu prüfen ist, ob die beschriebenen Meinungs- und Wahrnehmungsänderungen bei denselben Personen stattgefunden haben. In den beiden Umfragen 2013/2014 und 2015/2016 wurden jeweils zwei unterschiedliche repräsentativ ausgewählte Stichproben befragt. Für einen solchen Vergleich braucht es die Befragung identischer Personen über einen längeren Zeitraum in einer Längsschnittstudie, um individuelle Einstellungsänderungen auf der Grundlage von Umwelt- und Personenfaktoren nachzuvollziehen. Damit ließe sich auch analysieren, ob Migrationsprozesse in der unmittelbaren Umgebung von Personen zu Einstellungsänderungen geführt haben oder die Meinungsänderungen durch soziale Einflüsse von Gruppen oder gar politische Agitationen zustande kommen.

überaus deutlich, dass die Polarisierung der deutschen Bevölkerung durch zwei kaum vereinbare Standpunkten geprägt ist: Jene, für die die Willkommenskultur als Leitbild für die anstrengende wie konfliktreiche Frage nach der Integrationsgesellschaft leitend ist, stehen anderen gegenüber, welche sich alte Ordnungen zurückwünschen und klare Hierarchien zwischen sogenannten Etablierten oder Alteingesessenen und Außenseitern beziehungsweise Neuzukommenden sehen. Dabei spielt der Migrationshintergrund keine prägende Rolle. Zwar stehen Bürger*innen mit Migrationsbiografie der Willkommens- und Integrationskultur offener gegenüber, allerdings sind sie bei Fragen zur Flucht und Aufnahme von Asylsuchenden ebenso kritisch wie die Mehrheitsbevölkerung ohne MH.

Mit diesem Blick weisen die Ergebnisse auf einen Konflikt hin, dessen Lösung für die Zukunft der Migrationsgesellschaft Deutschland maßgeblich sein wird: Wie kann einerseits die effektive und nachhaltige Integration von eingewanderten Menschen und Gruppen in Deutschland gelingen, das sich andererseits am Anspruch vieler Menschen auf den Erhalt von Vorrechten reibt? Mit dem Blick auf Meinungen, welche die Einforderung von Vorrechten oder gar Appellen zur Rückeroberung tradierter Sozialhierarchien beinhalten, kommen stereotypen und vorurteilslastigen Bildern ein großes Gewicht zu.

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Zick + Madlen Preuß, MA
Universität Bielefeld
IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Tel.: +49 521 106 3211
zick@uni-bielefeld.de
madlen.preuss@uni-bielefeld.de

Stiftung Mercator
Huyssenallee 40
45128 Essen
Tel.: +49 201 24522 20
info@stiftung-mercator.de

Datenerhebung und Auswertung

IKG – Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld
Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut (SUZ), Duisburg

Redaktion

Madlen Preuß, Universität Bielefeld
Christine Ehrig, Stiftung Mercator

Gestaltung

GMF | Gathmann Michaelis und Freunde, Essen
www.gmf-design.de

Druck

Woeste Druck, Essen

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Stand: Juli 2016

Prof. Dr. Andreas Zick

Madlen Preuß, MA

Universität Bielefeld

IKG – Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

Universitätsstraße 25

33615 Bielefeld

Tel.: +49 521 106 3211

zick@uni-bielefeld.de

madlen.preuss@uni-bielefeld.de

Stiftung Mercator GmbH

Huyssenallee 40

45128 Essen

Tel. +49 201 24522 20

info@stiftung-mercator.de

ZuGleich ist ein Projekt des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, gefördert von der Stiftung Mercator.

